

mit Schwerpunkt **EnergiemarktBarometer**

Bildung als Standortfaktor

Zum ZEW Wirtschaftsforum 2004 konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz am 25. Juni 2004 rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Mannheim begrüßen. Die Veranstaltung bot mit Vorträgen und Diskussionen zum Thema Bildungsstandort Deutschland eine breite Themenpalette zu einer aktuellen Fragestellung.

Den Auftakt des ZEW Wirtschaftsforums 2004 bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Bildungsstandort Deutschland: Diagnose und Perspektive“. Dr. Andreas Schleicher, OECD, unter dessen Federführung die PISA-Studie erstellt wurde, fasste noch einmal die wesentlichen Ergebnisse der Studie zusam-

soziale Unterschiede auszugleichen und gleichzeitig ein hohes Niveau der Schülerleistungen sicherzustellen.

Bei der tertiären Bildung fehle es in Deutschland an Dynamik. Noch in den 1960er Jahren habe Deutschland bei internationalen Vergleichen hinsichtlich Universitätsabschlüssen an der Spitze

renziertes Hochschulsystem mit Abschlüssen unterschiedlichen Niveaus, und auch der Anteil der Studienabbrecher sei geringer.

Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern ähnlicher Größe können sich nach Meinung Schleichers die deutschen Bildungsausgaben durchaus sehen lassen. Problematisch sei in Deutschland allerdings die einseitige Verteilung dieser Ausgaben, was zum schlechten PISA-Ergebnis erheblich beigetragen habe. So investiere Deutschland zwar stark in die Sekundarstufe II und die tertiäre Bildung, aber nur unterdurchschnittlich in Kindergärten, Grundschulen und die Sekundarstufe I. Hinzu komme eine ungünstige Schüler/Lehrer-Relation und eine geringe Unterrichtszeit. Dies führe dazu, dass große Teile des Bildungspotenzials in Deutschland ungenutzt blieben.

Was Bildungsnationen wie England oder Finnland auszeichne, seien kohärente bildungspolitische Perspektiven und die Bestimmung von Bildungszielen und Standards anstelle von Curricula. In Deutschland fehle eine langfristige, strategische Perspektive für die Ausrichtung des Bildungssystems.



Die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion (von links): Wolfgang Fröhlich, Eggert Voscherau, Wolfgang Franz, Annette Schavan und Andreas Schleicher.

men. Insbesondere wies er darauf hin, dass vor allem schwache Schüler im internationalen Vergleich in Deutschland besonders schlecht abgeschnitten hätten. Auch gelinge es anderen Ländern erheblich besser als Deutschland,

gelegten. Heute dagegen stagniere der Akademikeranteil und man befinde sich nur noch im Mittelfeld. Andere Länder hätten in den vergangenen Jahrzehnten ihr tertiäres Bildungssystem um- und ausgebaut. Dort gebe es häufig ein diffe-

IN DIESER AUSGABE

ZEW-Wirtschaftsforum 2004: Bildung als Standortfaktor	1
Effekte einer grundlegenden Reform der Sozialhilfe	4
Entlohnung: Einsatz von IT mit organisatorischen Änderungen begleiten ...	5
ZEW intern	6
Expertenseminare; Neuerscheinungen ...	6
Daten und Fakten.....	7
Standpunkt	8

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

Schleicher forderte, den Schulen mehr Freiräume bei der Gestaltung der Lehrinhalte zu geben, sie aber auch hinsichtlich der Schülerleistungen stärker in die Pflicht zu nehmen. Auch sei es wichtig, Standards für den Erfolg von Bildung zu schaffen, die regelmäßig kontrolliert würden.

Bildung früher beginnen

Dr. Annette Schavan, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, lobte das Abschneiden Baden-Württembergs bei der PISA-Studie. Wenn man allerdings sehe, dass laut einer Umfrage 60 Prozent der Schüler mit ihren Eltern nicht über Schule redeten, dann bezweifle sie, dass die PISA-Studie in Deutschland in der Breite der Bevölkerung wahrgenommen worden sei.

Als eine wichtige Reform des Bildungssystems bezeichnete Schavan den frühen Beginn von Bildung. Sie forderte, Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen zu stärken sowie Erzieherinnen besser auszubilden. Außerdem müsse man der großen Vernachlässigung von Sprache entgegenwirken und früh die Sprachfähigkeit fördern. Daher müsse bereits ab der ersten Klasse Fremdsprachenunterricht eingeführt werden. Darüber hinaus müsse auch mit der naturwissenschaftlichen Bildung schon in der Primarstufe begonnen werden. Bildungsstandards seien bei 400 Schulen in Baden-Württemberg bereits eingeführt. Statt eines Lehrplans enthielten sie einen Bildungsplan, der Lernziele und keine Lerninhalte mehr festlege. Um die Evaluation der Lernziele zu gewährleisten, werde die Schulaufsicht weiterentwickelt. Außerdem solle die Durchlässigkeit der Schulen gefördert werden, um soziale Unterschiede auszugleichen.

Eigenverantwortung der Hochschulen stärken

Wolfgang Fröhlich, Ministerialdirektor beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg,

bezeichnete Deutschland als Informations- und Wissensgesellschaft. Andere Länder machten bei der Bildung gegenüber Deutschland zunehmend an Boden gut, allerdings nicht so sehr, weil Deutschland schlechter werde, sondern vielmehr, weil die anderen Länder besser würden. Nach wie vor gelte das duale Ausbildungssystem Deutschlands als beispielhaft, und auch die Zahl der Studienberechtigten und die der Studienanfänger steige. Es sei allerdings fraglich, ob die Studenten immer in die Fächer gelenkt würden, die Deutschland als Volkswirtschaft nützten. Die Anzahl der Studenten in naturwissenschaftlich/technischen Studiengängen sei immer noch gering, und es müssten Anstrengungen unternommen werden, um diese Fächer attraktiver zu machen.

Im Rahmen einer umfassenden Hochschulreform, so Fröhlich, sei die Umstellung auf gestufte Studiengänge wichtig, um Spitzenleistungen auf breiter Basis zu erhalten. Weiterhin müsse die Eigenverantwortung der Hochschulen gestärkt werden.

Lebenslange Bildung als Wertschöpfungskette

Eggert Voscherau, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Arbeitsdirektor der BASF AG, erklärte, wenn Deutschland auch in Zukunft mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung erfolgreich sein wolle, müsse es um so viel besser sein, wie es teurer sei. Eine wichtige Grundvoraussetzung des „Besserseins“ sei das Bildungssystem. Er betrachte Bildung als eine Gesamtwertschöpfungskette, die bei den Kindergärten beginne und erst nach der beruflichen Bildung bei der beruflichen Weiterbildung ende.

Die BASF AG habe in den vergangenen Jahren immer wieder festgestellt, dass die Bewerber für Lehrstellen eine mangelnde Ausbildungsreife mitbrächten. Auch um die Innovationsbereitschaft und die Technikakzeptanz sei es in Deutschland schlecht bestellt. Hier müsse man bereits in den Schulen ansetzen und Mathematik und die Naturwissenschaften im Unterricht stärker ge-

wichten. Auch solle die Wirtschaft nicht nur bessere Leute fordern, sondern sich selbst in die Wertschöpfungskette Bildung einbringen. Die BASF AG habe zahlreiche Initiativen zu Bildung und Ausbildung ins Leben gerufen. Wenn allerdings Deutschland die Notwendigkeit, um so viel besser sein zu müssen, wie man teurer sei, nicht als gesamtgesellschaftliche Herausforderung sehe, dann sei diese Aufgabe nicht lösbar.

Humankapital als Wachstumsdeterminante

Im Rahmen des ZEW-Konjunkturforums referierte Marcus Kappler, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Finanzmärkte, über die Auswirkungen von Bildung auf die Produktivität und das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft. Die These, dass Bildung eine Investition darstellt, die nicht nur dem Individuum über steigende Lohneinkommen, sondern der gesamten Gesellschaft über eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität Wohlstandssteigerungen ermöglicht, werde von den empirischen Erkenntnissen aus den Forschungsbereichen der Arbeitsmarktökonomik und der Makroökonomik grundsätzlich gestützt.

Des Weiteren stellte Kappler die Bedeutung von Bildung im Rahmen der Projektarbeiten zum ZEW-Growth Monitor vor. Eine wichtige Erkenntnis des ZEW-Growth Monitors sei, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mit Ausweitung der Anzahl mittel- und hochqualifizierter Beschäftigter steige. Die Analyse zeige aber auch, dass Bildung zwar ein wichtiger Wachstumsfaktor sei, allerdings nur einer unter mehreren.

Ergebnisse der ZEW-Forschung

An das Konjunkturforum schloss sich eine Präsentation aktueller Forschungsergebnisse des ZEW an. Andreas Ammermüller präsentierte eine vergleichende Analyse des Leseverständnisses 15-jähriger deutscher und finnischer Schüler anhand der internationalen PISA-Daten. In Deutschland, so sein Ergebnis, schnit-

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

ten vor allem schwache Schüler schlecht ab, und die Ergebnisse seien viel stärker gestreut als in Finnland. Ausschlaggebend hierfür seien indessen nicht unzureichende Ressourcen wie zu wenige Lehrer oder Schuleigenschaften wie die zu geringe Verfügungsgewalt der Schulen über ihr Budget. Was vielmehr im deutschen Schulsystem negativ zu Buche schlage, sei die vergleichsweise we-

qualifikation in Frankreich hingegen sei praxisorientierter und deren Absolventen weniger von Arbeitslosigkeit bedroht als in Deutschland.

Thomas Hempell referierte über den Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen und der Weiterbildung von Angestellten. Eine ZEW-Untersuchung zeige, dass der Ein-

Nur ein urteilsfähiger Bürger sei auch ein mündiger Bürger. Urteilsfähigkeit zu erlangen werde jedoch immer schwerer. Die Medien könnten dazu beitragen, die Erkenntnis- und Kritikfähigkeit der Bürger auszubilden, indem sie die Komplexität der Lebensverhältnisse und -prozesse einer zusammenwachsenden Welt auf verständliche Weise vermitteln.

Erschwert werde die Erfüllung dieser Aufgabe durch die Medienkrise. Aus wirtschaftlichen Gründen reduzierten die Zeitungen ihr Personal und stellten große Tageszeitungen Teile ihrer Ausgaben ein, wie etwa die Süddeutsche Zeitung ihre Ausgabe für Nordrhein-Westfalen. Auch griffen immer mehr Zeitungen aus Kostengründen auf immer weniger Korrespondenten und Agenturen zurück. Dies schränke die Vielfalt der Informationsquellen ein, und die gründliche Recherche leide.

Das Fernsehen – ein „sinnliches“ Medium

Printmedien seien, anders als das Fernsehen, per se ein Abstraktum und so näher am Argument. Das Fernsehen mit seinen Bildern und dem Ton sei hingegen stärker emotional. Als das „sinnlichere“ Medium diene es vor allem der Unterhaltung. Es präge aber auch die Meinung und das Verhalten der Menschen. Typisch für den Fernsehkonsum sei jedoch, dass selbst Bürger, die anspruchsvolle Literatur und das Feuilleton der großen Tageszeitungen läsen und so komplexe Sachverhalte über ein Printmedium aufnahmen, abends beim Fernsehen Unterhaltung und Entspannung suchten. Anspruchsvolle Fernsehsendungen ließen sich nicht über Werbeeinnahmen finanzieren, denn sie erzielten nur niedrige Einschaltquoten. Es sei daher notwendig, aus Beiträgen finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten zu haben, die den Bedarf an anspruchsvollen Sendungen deckten. Ohne Sportsendungen und Serien kämen jedoch auch die Öffentlich-Rechtlichen nicht aus, weil ansonsten die Bürger Rundfunkgebühren nicht akzeptierten.

Katrin Voß, voss@zew.de



Peter Voß bei seinem Vortrag im Rahmen des ZEW Wirtschaftsforums.

nig effektive Nutzung der bereitgestellten Ressourcen.

Charlotte Lauer stellte eine Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Arbeitslosigkeit in Deutschland und Frankreich vor. Insgesamt sei das Risiko, arbeitslos zu werden, in Frankreich deutlich höher, jedoch finde man dort auch schneller wieder aus der Arbeitslosigkeit heraus als in Deutschland. Die stark berufsorientierten Lehr- und Fachausbildungen in Deutschland schützten besser vor dem Risiko, arbeitslos zu werden, als die schulbasierten und theoretischen Ausbildungen in Frankreich. Dabei sei ein höherer Bildungsabschluss nicht notwendigerweise die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. So hätten beispielsweise in Deutschland Hochschulabsolventen ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als etwa Meister oder Fachwirte. Die Hochschul-

satz von IKT die Anreize für Unternehmen erhöhe, in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren. Dabei seien Unternehmen, die den Einsatz von IKT durch Weiterbildung ergänzten, produktiver als Unternehmen, die ausschließlich auf IKT-Investitionen setzten. Das gelte vor allem für Unternehmen mit einem hohen Anteil hoch qualifizierter Mitarbeiter.

Bildungsauftrag der Medien

Im Schlussvortrag sprach der Intendant des Südwestrundfunks, Prof. Peter Voß, über den Zusammenhang zwischen Medienkrise und Bildungsauftrag. Die Kompetenz und Urteilsfähigkeit seiner Bürger sei die wichtigste Ressource in Deutschland. Zuständig für die Ausbildung dieser Qualitäten sei in erster Linie das Bildungssystem, aber auch das Mediensystem trage hier Verantwortung.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Effekte einer grundlegenden Reform der Sozialhilfe

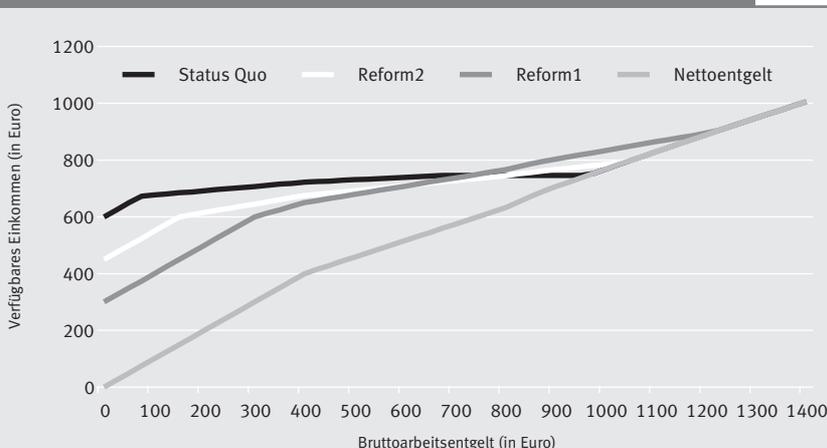
Die gegenwärtige Ausgestaltung der Sozialhilfe bestraft die Aufnahme von Arbeit durch eine starke Kürzung der Transferleistung. Übersteigt beispielsweise der Hinzuverdienst eines Alleinstehenden ein Viertel des Eckregelsatzes in Höhe von 300 Euro (also 75 Euro), wird die Sozialhilfe zunächst um 85 Prozent des Betrags gekürzt, der 75 Euro übersteigt. Oberhalb eines Hinzuverdienstes von 575 Euro wird die Sozialhilfe für jeden Euro Hinzuverdienst um einen Euro gekürzt. Es besteht daher für viele Haushalte kein finanzieller Anreiz, eine nennenswerte Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Während über die Diagnose dieses Problems weitgehende Einigkeit herrscht, gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Lösung.

Eine geringere Anrechnung von Arbeitseinkommen auf die Unterstützungsleistung könnte zwar die Arbeitsanreize der Betroffenen stärken, würde jedoch den Kreis der Sozialhilfeberechtigten ausdehnen. Dies könnte erhebli-

untersucht (siehe Abbildung). Den Vorschlägen ist gemeinsam, dass sie nur Änderungen für erwerbsfähige Empfänger beinhalten, während die Regeln für nicht erwerbsfähige Empfänger unverändert bleiben. Im ersten Reformvorschlag

men reicht es nicht aus, die Reaktion der bisherigen Transferempfänger zu bestimmen. Darüber hinaus ist zu untersuchen, wie sich die Reformen auf die Erwerbsbeteiligung von Haushalten auswirken, deren Einkommen oberhalb der bisherigen Sozialhilfe liegt. Auch die Rückkopplungen auf das Lohnniveau von gering Qualifizierten und die Auswirkungen auf das staatliche Budget müssen bestimmt werden. Hierzu wurde ein berechenbares allgemeines Gleichgewichtsmodell entwickelt, das wichtige institutionelle Merkmale des deutschen Lohnbildungssystems, wie sektorale Lohnverhandlungen, und eine detaillierte Abbildung des deutschen Steuer-Transfer-Systems beinhaltet.

Verfügbares Einkommen in unterschiedlichen Sozialhilfesystemen



Anmerkung: Reform 1 = Transferentzug 50 Prozent, Reform 2 = Transferentzug 70 Prozent.
 Lesehilfe: Die Grafik bildet das Nettoarbeitsentgelt (Bruttoarbeitsentgelt abzüglich Steuern und Sozialabgaben) sowie das verfügbare Einkommen (Nettoarbeitsentgelt zuzüglich Sozialhilfe) in Abhängigkeit vom Bruttoarbeitsentgelt ab.
 Quelle: eigene Berechnungen

che zusätzliche Belastungen der öffentlichen Haushalte auslösen, die durch Ausgabenkürzung an anderer Stelle oder durch höhere Steuern auszugleichen wäre. Um dies zu vermeiden, kann die anreizsteigernde Senkung des Transferentzugs verknüpft werden mit einer Kürzung des Regelsatzes für erwerbsfähige Empfänger.

In einer neuen ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 03-70) wurden daher zwei Varianten einer Sozialhilfereform

wird der Eckregelsatz für erwerbsfähige Empfänger gestrichen. Dieser – im Vergleich zum Status quo – gekürzte Betrag darf ohne Einkommensanrechnung hinzu verdient werden; darüber beträgt der Transferentzug nur 50 Prozent. Im zweiten Reformvorschlag wird der Regelsatz halbiert, ein Hinzuverdienst bleibt ebenfalls bis zur Bedürftigkeitsgrenze frei, und darüber beträgt der Transferentzug 70 Prozent.

Zur Beurteilung der Reformmaßnah-

Beschäftigung gering Qualifizierter steigt deutlich

Bei beiden Reformvorschlägen nehmen Erwerbsbeteiligung und Arbeitsvolumen merklich zu. Die Reaktionen fallen beim radikaleren Reformvorschlag erwartungsgemäß stärker aus als beim moderateren. Im ersten Reformvorschlag nimmt die Beschäftigung um 270.000 Personen zu, im zweiten Reformvorschlag nur um 135.000 Personen.

Damit der Arbeitsmarkt das zusätzliche Arbeitsangebot aufnehmen kann, müssen die Bruttolöhne sinken. Dieser Rückgang fällt bei den gering Qualifizierten mit 2,2 Prozent höher aus als bei den besser Qualifizierten mit 1,29 Prozent (beziehungsweise 1,23 und 0,64 Prozent im zweiten Reformvorschlag). Als Folge sinkt die Arbeitslosenquote gering Qualifizierter stärker als die hoch Qualifizierter. Die Beschäftigungslage der wichtigsten Problemgruppe des Arbeitsmarkts wird spürbar verbessert.

Dr. Stefan Boeters, boeters@zew.de
 Dr. Nicole Gürtzgen, guertzgen@zew.de
 Prof. Dr. Reinhold Schnabel, schnabel@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Entlohnung: Einsatz von IT mit organisatorischen Änderungen begleiten

Wie in der neueren Literatur stark diskutiert wird, sollten Informationstechnologien und organisatorische Veränderungen gemeinsam implementiert werden, um Produktivität und Arbeitsnachfrage zu steigern. Empirische Arbeiten konzentrieren sich dabei bisher auf die Produktivitätseffekte auf Unternehmensebene. Eine Studie des ZEW im Auftrag der Landesstiftung Baden-Württemberg untersucht nun mit Hilfe von Individualdaten, welchen Einfluss die Nutzung neuer Technologien und organisatorische Veränderungen im Unternehmen auf die Entlohnung der Beschäftigten haben.

In den vergangenen 20 Jahren wurde in der Arbeitsmarktliteratur umfassend darüber diskutiert, wie sich neue Technologien, insbesondere Informationstechnologien (IT), auf Produktivität und Arbeitsnachfrage der Unternehmen sowie auf die Löhne der Beschäftigten auswirken. Neuere Veröffentlichungen weisen darauf hin, dass die Nutzung von IT von geeigneten organisatorischen Maßnahmen innerhalb des Unternehmens begleitet werden sollte, um sich positiv auf die Arbeitsproduktivität auszuwirken. Investitionen in IT und Maßnahmen zur Reorganisation der Arbeitsabläufe, wie beispielsweise die Einführung von Gruppenarbeit, die Abflachung von Hierarchien, die Auslagerung von Teilen des Produktionsprozesses, Qualitätszirkel oder Job Rotation, werden als komplementäre Strategien betrachtet, die nur bei gemeinsamer Imple-

mentierung zu Produktivitätssteigerungen führen. Empirische Untersuchungen auf Firmenebene unterstützen diese Hypothese. Sie legen nahe, dass organisatorische Veränderungen die Arbeitsnachfrage noch stärker beeinflussen können als technologischer Fortschritt. Darüber hinaus können Beschäftigte von organisatorischen Veränderungen in Form höherer Löhne profitieren.

Eine Untersuchung des ZEW im Auftrag der Landesstiftung Baden-Württemberg analysiert nun erstmals die Auswirkungen sowohl von IT-Nutzung als auch von organisatorischen Veränderungen auf die Löhne der Beschäftigten auf Grundlage von Individualdaten (BIBB/IAB-Daten). Die Analysen beziehen sich auf rund 12.000 männliche, abhängig Beschäftigte im Alter von 18 bis 65 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft und Wohnsitz in Westdeutschland. Es werden zunächst die Lohneffekte der IT-Nutzung und von organisatorischen Veränderungen getrennt betrachtet, danach werden verschiedene Maßnahmen auf ihre komplementäre Wirkung hin analysiert.

Positive Lohneffekte nur bei neueren IT

Die Studie zeigt, dass, auch nach Berücksichtigung umfangreicher Informa-

tionen über individuelle Charakteristika der Arbeitnehmer sowie über Arbeitsplatz und Firma, der Lohn bei IT-Nutzern um durchschnittlich rund fünf Prozent höher liegt als bei Nicht-IT-Nutzern. Bei Betrachtung unterschiedlicher IT-Komponenten zeigt sich jedoch, dass sich dieser positive Lohn effekt hauptsächlich auf neuere IT wie das Internet oder Intranet zurückführen lässt, wohingegen Scanner-Technologien einen signifikant negativen Einfluss auf die Entlohnung haben. Für Beschäftigte mit hohem Bildungsabschluss zeigt sich außerdem ein Sättigungseffekt in Bezug auf die IT-Nutzung. Demnach haben sich Ende der 1990er Jahre IT am Arbeitsplatz von Akademikern bereits so weit etabliert, dass ihre Nutzung nicht mehr mit Lohnzuschlägen einhergeht. Dagegen stellen sich IT-Nutzer, die keine Berufsausbildung oder eine Berufsausbildung im Rahmen des dualen Systems absolviert haben, hinsichtlich der Lohnhöhe signifikant besser als vergleichbare Nicht-IT-Nutzer.

Organisatorische Änderungen scheinen nicht direkt mit der Lohnhöhe der Beschäftigten zusammen zu hängen. Eine Ausnahme bilden allerdings IT-Nutzer, die in Firmen arbeiten, die ihre Abteilungen oder Arbeitsbereiche umstrukturiert oder einen Teil ihrer Produktion ausgelagert haben: Sie verdienen systematisch mehr als Nicht-IT-Nutzer. Dieses Ergebnis steht somit in Einklang mit der Hypothese, dass IT-Nutzung mit geeigneten organisatorischen Maßnahmen begleitet werden sollte, um die Arbeitsproduktivität positiv zu beeinflussen und damit auch höhere Löhne zu ermöglichen.

*Dr. Irene Bertschek,
bertschek@zew.de
Alexandra Spitz,
spitz@zew.de*



ZEW INTERN

Prof. Dr. Manfred Timmermann gestorben

Am 9. Juni 2004 starb der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, Prof. Dr. Manfred Timmermann. Als Leiter der Gründungskommission, langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender und zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats hat Prof. Timmermann das ZEW

maßgeblich mitgeprägt. Das ZEW verliert durch seinen Tod eine Persönlichkeit, die insbesondere durch ihre Fachkompetenz und ihren reichen Erfahrungsschatz beeindruckte. Das ZEW ist Prof. Timmermann für seine herausragenden Verdienste zu großem Dank verpflichtet und wird ihn als bedeutende Persönlichkeit in guter Erinnerung behalten.

ZEW verleiht erstmals den mit 5.000 Euro dotierten Heinz König Young Scholar Award

Erstmals wurde in Mannheim der Heinz König Young Scholar Award des ZEW verliehen. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld von 5.000 Euro dotiert und beinhaltet zusätzlich das Angebot eines dreimonatigen Forschungsaufenthalts am ZEW. Sponsor des Preises ist die Freudenberg & Co. Kommanditgesellschaft, Weinheim. Mit dem nach dem 2002 verstorbenen Gründungsdirektor des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König, benannten Preis sollen hervorragende empirische Arbeiten junger Wirtschaftswissenschaftler gewürdigt werden. Die Intention des ZEW hierbei ist, ganz bewusst der Vielzahl an Auszeichnungen für arrivierte Forscher keine weitere hinzuzufügen, sondern der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses den Vorzug zu geben. Der Preis wird zum Abschluss des ZEW Summer Workshops verliehen, der einmal im Jahr in Mannheim stattfindet.

Als erster Preisträger konnte Wolfram Schlenker, Ph.D., Assistant Professor an der University of California in San Diego,

aus den Händen von ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz die Auszeichnung entgegennehmen. Der Wirtschaftswissenschaftler erhielt den Heinz König Award für eine Arbeit über den Klimawandel und dessen Folgen für die auf Bewässerung angewiesene Landwirtschaft. Dabei untersuchte Schlenker neben den Auswirkungen eines Temperaturanstiegs auf den Wasserbedarf insbesondere auch den möglichen Wertverlust von bewässerten landwirtschaftlichen Flächen durch den Klimawandel.

ZEW-Präsident Franz würdigte die Arbeit Schlenkers als eine gehaltvolle empirische Analyse auf solider theoretischer Basis, die dieser in einem bislang wenig erforschten Bereich umgesetzt habe. Gerade die Verwendung von Mikrodaten (in diesem Falle unter anderem des kalifornischen Landwirtschafts-Panels) für die Analyse gesamtwirtschaftlicher und sozialer Probleme könne als ein wertvoller Beitrag zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt im Sinne von Heinz König gewertet werden.

LIS Memorial Award 2004 für Margit Kraus und Katja Hölsch

Margit Kraus (ZEW) und Katja Hölsch (Universität Hohenheim) wurden für ihren Artikel „Poverty Alleviation and the Degree of Centralisation in European Schemes of Social Assistance“ mit dem „Aldi J.M. Hageaars LIS Memorial Award 2004“ ausgezeichnet. Der Preis wird jährlich von LISProject für den besten Beitrag verliehen, der mit den Daten der Luxembourg Income Study (LIS) erstellt und in den LIS Working Papers publiziert wurde. Der Beitrag analysiert den Zusammenhang zwischen dem Grad der Dezentralisierung und der Effektivität und Effizienz bei der Verminderung von Armut in europäischen Sozialhilfesystemen. Er ist unter www.lisproject.org/publications/liswps/342.pdf abrufbar.

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 04-37, Czarnitzki, Dirk; Ebersberger, Bernd; Fier, Andreas: The Relationship between R&D Collaboration, Subsidies and Patenting Activity: Empirical Evidence from Finland and Germany.

No. 04-38, Czarnitzki, Dirk; Kraft, Kornelius: On the Profitability of Innovative Assets.

No. 04-40, Böhringer, Christoph; Hoffmann, Tim; Lange, Andreas; Löschel, Andreas; Moslener, Ulf: Assessing Emission Allocation in Europe: An Interactive Simulation Approach.

No. 04-41, Bergemann, Annette; Fitzenberger, Bernd; Speckesser, Stefan: Evaluating the Dynamic Employment Effects of Training Programs in East Germany Using Conditional Difference-in-Differences.

No. 04-42, Fischer, Manfred M.; Stirböck, Claudia: Regional Income Convergence in the Enlarged Europe, 1995-2000: A Spatial Econometric Perspective.

No. 04-43, Stirböck, Claudia: Comparing Investment and Employment Specialisation Patterns of EU Regions.

No. 04-44, Stirböck, Claudia: A Spatial Econometric Analysis of Regional Specialisation Patterns Across EU Regions.

EXPERTENSEMINARE

Workshopreihe: Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung

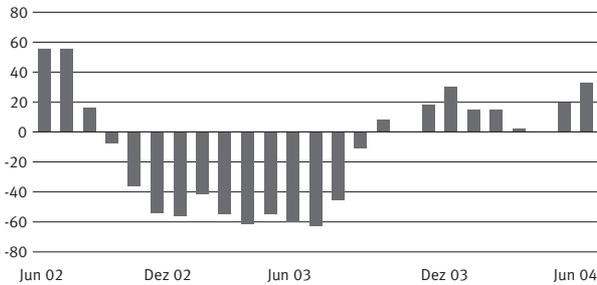
30.9.2004 IAS/IFRS spezifische Fragestellungen und Neuerungen

9.11.2004 Business Combinations und Impairment Tests

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juni

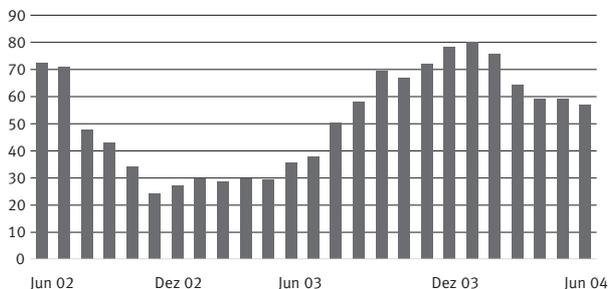


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Geldmarktzinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Noch keine Mehrheit für Zinswende

Etwas mehr als ein Drittel der Experten geht im Juni von einer Zinserhöhung am Geldmarkt aus. Im Vergleich zum Vormonat ist dieser Wert zwar um 9,5 Prozentpunkte gestiegen. Mit 62,5 Prozent erwartet aber immer noch eine deutliche Mehrheit, dass die EZB in den nächsten sechs Monaten die geldpolitischen Zügel noch nicht straffen wird. Vor dem Hintergrund der leichten Entspannung am Ölmarkt – nur 17 Prozent erwarten einen weiteren Ölpreisanstieg – haben sich die Inflationsbefürchtungen im Vergleich zum Vormonat im Saldo nicht weiter verstärkt.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de



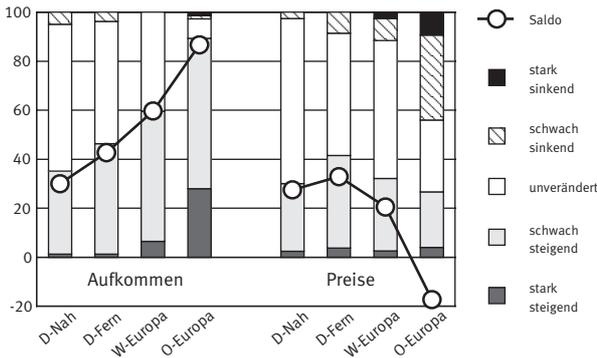
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Konjunkturaussichten im Euroraum schlechter

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im Juni wieder etwas verschlechtert. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage im Euroraum in sechs Monaten ist von 59,2 auf 56,8 Punkte gefallen. Der Rückgang der Erwartungen signalisiert Skepsis, dass die Konjunkturerholung in ihrer jetzigen Stärke dauerhaft sein wird. Die aktuelle konjunkturelle Lage im Euroraum hat sich hingegen im Juni weiter aufgehellt. Die Experten bestätigen damit die voranschreitende Konjunkturerholung im Euroraum.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Straßengüterverkehr mit Osteuropa ein Wachstumsmarkt

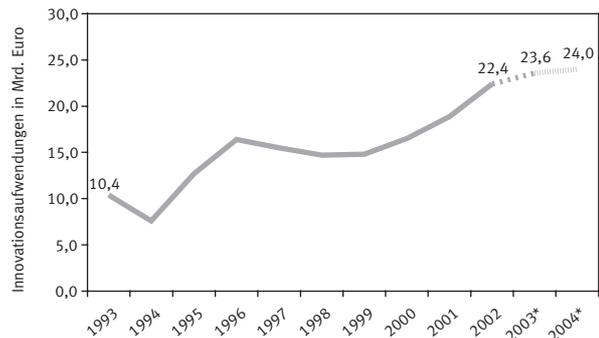


Quelle: ZEW

In der aktuellen Umfrage des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW wird der Osteuropa-Straßenverkehr als Wachstumsmarkt beurteilt. Etwa 90 Prozent der Experten gehen von einem Aufkommenszuwachs im nächsten Halbjahr aus, etwa ein Drittel erwartet sogar ein starkes Wachstum von mehr als fünf Prozent. Die EU-Osterweiterung hat anscheinend einen positiven Einfluss auf den Warenaustausch mit Osteuropa. Die Experten rechnen auf den Osteuropa-Relationen mit fallenden Preisen, was wohl auf die Konkurrenz aus den Beitrittsländern zurückzuführen ist.

Dr. Jörg Breitscheidel, breitscheidel@zew.de

Innovationsaufwendungen im Fahrzeugbau steigen weiter



* Planangaben der Unternehmen

Quelle: ZEW (2004), Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2003

Die Innovationsaufwendungen im deutschen Fahrzeugbau stiegen zwischen 2001 und 2002 um 3,5 Milliarden Euro auf 22,4 Milliarden Euro. Zu den Innovationsaufwendungen der deutschen Industrie von 68 Milliarden Euro steuerte der Fahrzeugbau damit fast 33 Prozent bei. So viel gab keine andere Branche für Innovationsaktivitäten aus. Der bereits seit 1999 anhaltende Anstieg der Innovationsaufwendungen im Fahrzeugbau soll sich fortsetzen. Für das Jahr 2003 rechneten die Unternehmen der Branche mit 23,6 Milliarden Euro und für 2004 mit 24 Milliarden Euro.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

STANDPUNKT



Aufbau Ost

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik beginnt meistens mit dem Mut zur Offenheit. Dies gilt nicht zuletzt beim „Aufbau Ost“.

Erstens sollte man sich davor hüten, die Entwicklung in Ostdeutschland schlecht zu reden. Dort ist seit dem Jahre 1990 auf vielen Feldern Großartiges geleistet worden, die Aufbauenerfolge und Fortschritte in der Infrastruktur, dem Städtebau und dem Umweltschutz sind immens. Bei einem Besuch Ostdeutschlands wird mancher Bürgermeister aus Westdeutschland von Melancholie ergriffen, wenn er einschlägige Vergleiche anstellt. Leider werden diese und andere höchst erfreuliche Aufbauleistungen mittlerweile als Selbstverständlichkeit betrachtet und bestenfalls nur noch am Rande wahrgenommen.

Zweitens besteht Anlass zu der Vermutung, dass der Aufbau Ost vorankommt, insoweit er derzeit durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Westdeutschland und den allmählich zum Stillstand kommenden Schrumpfungsprozess in der ostdeutschen Bauindustrie gehemmt wird. Anders formuliert: Die dringend erforderliche und unlängst vom neuen Bundespräsidenten Köhler nachdrücklich angemahnte Stärkung der Wachstumskräfte in Deutschland beschleunigt den Aufbau Ost. So gesehen bedarf es weniger eines Sonderbeauftragten Ostdeutschland, sondern vielmehr einer klugen und beherzten Wachstumspolitik, das heißt die Politik verbessert die Angebotsbedingungen hierzulande und die Tarifvertragsparteien verfolgen einen beschäftigungsfreundlichen lohnpolitischen Kurs.

Der dritte Aspekt kommt als bittere Erkenntnis, nämlich dass nicht jede ostdeutsche Region am Aufbauprozess gleichermaßen partizipieren wird. Vergleichsweise harmlos stellt sich das für die bekannten ostdeutschen Regionen mit wunderschönen Landschaften dar, die ihr Potenzial durch eine Erschließung für den Tourismus zur Geltung bringen können. Bitter ist es vielmehr für Regionen, die – wie es in verniedlichender Umschrei-

bung heißt – passiv saniert, das heißt im Klartext, hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung vorerst abgeschrieben und stattdessen etwa als großflächige Naturschutzgebiete ausgewiesen werden müssen. Gewiss: Niemand sollte die persönlichen Härten für die betroffenen Menschen verkennen und ihnen Anpassungshilfen verweigern. Aber: Die Politik muss den Mut aufbringen, es den Menschen zu sagen. Illusionen bringen den Aufbau Ost nicht voran. Tröstlich mag allenfalls klingen, dass es in fast allen Ländern „Mezzogiornos“ in unterschiedlicher Dimension gibt und dies kein Verdikt mit Ewigkeitswert bedeutet. Die Wirtschaftsgeschichte kann mit zahlreichen Beispielen für den Aufstieg und Abstieg von Regionen aufwarten. Gleichwohl: Das nützt den derzeit Betroffenen herzlich wenig.

Viertens sollten Berater gleich welcher Zunft dem Eindruck in der Öffentlichkeit entgegen treten, es gebe so etwas wie einen Königsweg zur Blüte Ostdeutschlands. Etwas überspitzt formuliert, die Regionalökonomie befasst sich seit jeher mit zahllosen Analysen, warum die eine oder andere regionalpolitische Fördermaßnahme mal erfolgreich, mal unergiebig, mal kontraproduktiv war, ohne zu allgemein gültigen Schlussfolgerungen zu kommen. Sicherlich mag es gute Gründe geben, eine schwerpunktmäßige Förderung von Wachstumspolen oder Clustern gegenüber einer flächendeckenden Subventionierung zu bevorzugen. Aber wie diese Schwerpunkte identifiziert und gefördert werden sollen, ist ebenso eine offene Frage wie die, wer sich diesen Aufgaben widmen oder sie verantworten soll. Abwegig ist die Vorstellung, jeder Technologiepark heute sei das Silicon Valley von morgen. Genauso weltfremd erscheint die Vorstellung, Mitnahmeeffekte bei Fördermaßnahmen könnten gänzlich ausgeschaltet werden oder sie seien ein Spezifikum Ostdeutschlands. „Spaßbäder“ gibt es – im übertragenen Sinn – überall.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004